

# **Mehr Jugendbeschäftigung durch praxisnahe Qualifizierung und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

## **Positionspapier zur Förderung der Jugendbeschäftigung in Europa**

September 2014

### **Zusammenfassung**

Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist besorgniserregend hoch. Ihre Bekämpfung steht daher zu Recht oben auf der beschäftigungspolitischen Agenda in Europa. Entscheidend für einen hohen Beschäftigungsstand junger Menschen sind:

1. eine bedarfsgerechte Qualifizierung, der eine angemessene Berufsorientierung vorangegangen ist, sowie
2. gute Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Dynamik und flexible, offene Arbeitsmärkte.

Das gilt für Deutschland und für andere EU-Staaten gleichermaßen. Damit Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich abgebaut und verhindert werden kann, muss ein nahtloser Übergang von Schule in berufliche Ausbildung oder Studium erreicht werden. Auch Jugendliche mit Startschwierigkeiten müssen zügig in das Ausbildungssystem integriert werden. Genauso wichtig ist es, den Eintritt in den Arbeitsmarkt für junge Menschen zu erleichtern, indem Eintrittshürden verhindert, gesenkt oder abgebaut werden. Dazu müssen Netzwerke zwischen den Akteuren am Arbeitsmarkt ausgebaut sowie bürokratische Hindernisse und datenschutzrechtliche Schnittstellen überwunden werden. Zudem müssen flexible Beschäftigungsformen erhalten bleiben.

Zur Verbesserung der Jugendbeschäftigung müssen insbesondere folgende Punkte in Angriff genommen werden:

- Die Bildung junger Menschen muss konsequent auf deren individuelle Fähigkeiten und Bedürfnisse sowie die konkreten **Anforderungen des Arbeitsmarkts** ausgerichtet werden.
- Leistungsschwache Schülerinnen und Schüler müssen gezielt und frühzeitig gefördert werden, um die **Schulabbrecherquote zu senken** und die **Ausbildungsreife sicherzustellen**.
- Alle Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen benötigen eine **umfassende und praxisorientierte Berufsorientierung**. Diese muss in Kooperation mit vielfältigen Partnern wie z. B. Unternehmen umgesetzt werden.
- Wichtig ist die praxisnahe Förderung von digitalen und unternehmerischen Kompetenzen der Jugendlichen, aber auch eine **klare Ausrichtung auf den MINT-Bereich** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik).
- Bei europäischen Berufsbildungsk Kooperationen müssen die Erfolgsfaktoren in den jeweils vorhandenen nationalen Berufsbildungssystemen weiterentwickelt werden. Dies sind z. B. das Prinzip der Lernortkooperation und die Einbindung der Sozialpartner bei der Erarbeitung von Ausbildungsordnungen.
- Die auf EU-Ebene bereitgestellten finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit müssen gezielt dafür eingesetzt werden, den Anschub für notwendige Strukturreformen in den Mit-

gliedstaaten zu leisten und damit die vielfältigen Ursachen geringer wirtschaftlicher Dynamik und hoher Jugendarbeitslosigkeit überall in der EU zielgerichtet anzugehen.

### **Fakten zur Jugendbeschäftigung in Deutschland**

- Die Jugendarbeitslosenquote in Deutschland hat sich von 2005 bis 2013 fast halbiert auf **7,9 %**.
- Ende des Schuljahres 2011/2012 verließen rd. **50.000** Jugendliche die Regelschulen ohne Abschluss.
- Rund **260.000** Jugendliche befanden sich 2013 im Übergangssystem, 2005 waren es noch 417.000.
- Rund **1,3 Mio.** der 20- bis 29-Jährigen haben keinen Berufsabschluss.
- Knapp **zwei Drittel** der arbeitslosen Jugendlichen in Deutschland verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung.
- Rund **16 %** der arbeitslosen Jugendlichen verfügen nicht einmal über einen Hauptschulabschluss.
- Rund vier Fünftel (**78 %**) der ausbildungsberechtigten Betriebe bilden kontinuierlich oder mit Unterbrechungen aus.
- Unternehmen in Deutschland investieren jährlich rd. **24. Mrd. €** in die Ausbildung junger Menschen.
- Für knapp **drei Viertel (71 %)** der Betriebe sind schlechte schulische Leistungen kein Ausschlusskriterium bei der Besetzung von Ausbildungsstellen, knapp **ein Drittel (30 %)** sind grundsätzlich bereit, auch Jugendliche ohne Schulabschluss im Bewerbungsverfahren eine Chance zu geben.
- **Zwei Drittel** der Auszubildenden werden nach ihrem erfolgreichen Abschluss vom eigenen Ausbildungsbetrieb unmittelbar übernommen.



## Im Einzelnen

### I. Deutschland weist die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa auf

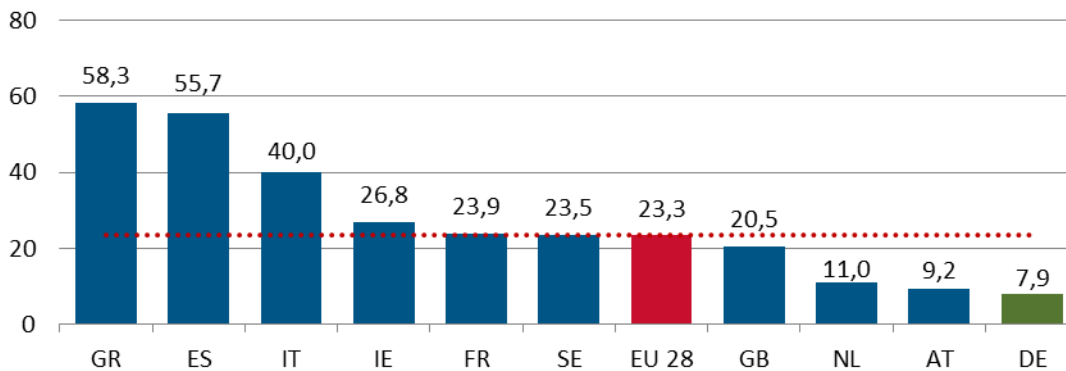
In Europa sind erschreckend viele Jugendliche arbeitslos. Allerdings fällt die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen je nach Land sehr unterschiedlich aus. Sie reicht von 7,9 % in Deutschland und 9,2 % in Österreich bis zu 58,3 % in Griechenland und 55,7 % in Spanien (2013).<sup>12</sup>

Zu Recht steht die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa oben auf der beschäftigungspolitischen Agenda. Das Ziel, junge Menschen so schnell wie möglich in Beschäftigung oder Ausbildung zu bringen, liegt im ureigenen Interesse der Wirtschaft. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit junge Menschen den Übergang in Ausbildung und Beschäftigung schaffen, ohne schon früh die Erfahrung von längerfristiger Arbeitslosigkeit zu machen.

Ogleich die Arbeitsmarktlage für Jugendliche in Deutschland verglichen mit den meisten anderen EU-Staaten als „komfortabel“ bezeichnet werden kann, darf sich Deutschland nicht auf diesem Erfolg ausruhen. Denn auch hierzulande ist die Arbeitsmarktlage nicht überall gleich gut. Während in Bayern und Baden-Württemberg auch bei Jugendlichen nahezu Vollbeschäftigung herrscht (Arbeitslosenquote: 4,9 % bzw. 5,4 %), besteht in Berlin mit einer Jugendarbeitslosenquote von rd. 14 % noch Verbesserungspotenzial.<sup>3</sup> Gleichzeitig droht Deutschland aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft eine Fachkräftelücke. Diese kann zumindest teilweise geschlossen werden, indem benachteiligte und arbeitslose Jugendliche in den Arbeitsmarkt integriert oder in Ausbildung gebracht werden.

Ein nachhaltiger Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie eine Steigerung der Beschäftigung junger Menschen können nur gelingen, wenn die Funktionsweise des Arbeitsmarkts für junge Menschen beachtet wird.

### Jugendarbeitslosenquoten in der EU (2013) in %



Quelle: Eurostat, 2014

<sup>1</sup> Die Behauptung, dass über die Hälfte der Jugendlichen in Südeuropa arbeitslos seien, ist irreführend. Die Arbeitslosenquote bezieht die Zahl der Erwerbslosen lediglich auf die Zahl derjenigen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und am Erwerbsleben teilnehmen wollen. Jugendliche in Ausbildung oder Studium werden nicht berücksichtigt. Bezogen auf alle 15- bis 24-Jährigen sind daher z. B. in Spanien rd. 20 % der Jugendlichen arbeitslos, in Deutschland noch rd. 5 %.

<sup>2</sup> Eurostat, Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit, 2014.

<sup>3</sup> Eurostat, Arbeitslosigkeit nach Geschlecht, Alter und NUTS-2-Regionen, Datenstand 2013.



Diese unterscheidet sich nicht wesentlich von den Grundmechanismen des Arbeitsmarkts für Erwachsene und Ältere. Entscheidend für einen hohen Beschäftigungsstand sind:

- eine bedarfsgerechte Qualifizierung der Arbeitskräfte sowie
- gute Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Dynamik und flexible, offene Arbeitsmärkte.

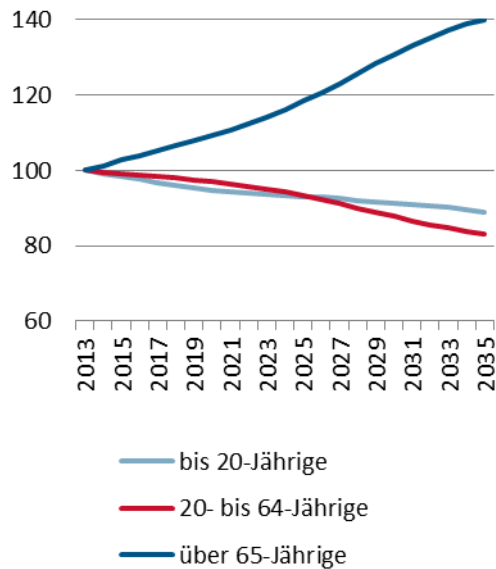
Das gilt für Deutschland wie auch für andere EU-Staaten gleichermaßen. Um Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich zu verhindern und abzubauen, muss daher ein nahtloser Übergang von Schule in berufliche Ausbildung oder ins Studium erreicht werden. Jugendliche mit bereits negativer Schul- und Arbeitsmarkterfahrung müssen zügig in das Ausbildungssystem integriert werden. Genauso wichtig ist es, den Eintritt in den Arbeitsmarkt für junge Menschen zu erleichtern, indem Eintrittshürden abgebaut werden. Dazu müssen flexible Beschäftigungsformen erhalten bleiben.

## II. Qualifizierung Jugendlicher zur Fachkräftesicherung notwendig

Die Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen ist eine zentrale Strategie, um dem wachsenden Fachkräftemangel zu begegnen. Bis 2030 wird in Deutschland die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (20- bis 64-Jährige) gegenüber heute dramatisch um etwa 8 Mio. bzw. fast ein Sechstel auf nur noch 42 Mio. abnehmen.<sup>4</sup> Mit einem insgesamt sinkenden und alternden Arbeitskräftepotenzial werden sich die bereits heute erkennbaren strukturellen Fachkräftengpässe in Zukunft weiter verschärfen.

Bis 2035 werden rd. 4 Mio. Arbeitskräfte fehlen, davon jeweils zur Hälfte Fachkräfte mit Berufsausbildung und Fachkräfte mit Hochschulabschluss.<sup>5</sup> Deshalb muss zügig gegengesteuert werden, z. B. durch eine Stärkung der MINT-Bildung im Schulischen Bereich, eine Qualifizierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Berufsab-

## Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt um fast 20 %



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2009

schluss, aber auch durch das Ausschöpfen von Potenzialen bei Älteren und Fachkräften aus dem Ausland.

Bereits heute haben Unternehmen Probleme, geeignete Auszubildende – die Fachkräfte von morgen – zu finden. Im Jahr 2012 blieben im IHK-Bereich 70.000, im Handwerk etwa 14.000 Ausbildungsplätze unbesetzt.<sup>6</sup>

### **MINT-Fachkräftelücke von bis zu 1,4 Mio. im Jahr 2020 aktiv angehen**

Insbesondere im MINT-Bereich zeichnet sich bereits heute ein Engpass ab. Die Fachkräftelücke liegt hier aktuell bei rd. 111.000.<sup>7</sup> Dieser Mangel bezieht sich nicht nur auf MINT-Akademiker, sondern auch auf Meister/Techniker sowie Fachkräfte mit Berufsausbildung. Während die Lücke bei Akademikern beherrschbar sein wird, weil die Hochschulabsolventenquote insgesamt und der Anteil der MINT-Fächer bei der Studien-

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060 - 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden, 2009.

<sup>5</sup> Prognos, Arbeitslandschaft 2035, 2012.

<sup>6</sup> DIHK, Ausbildung 2013, 2013; ZDH, ZDH-Jahresbericht – Handwerk 2012, 2013.

<sup>7</sup> MINT Zukunft schaffen, Das MINT-Meter, Stand März 2014.



wahl steigt, könnte die Fachkräftelücke im nicht-akademischen MINT-Bereich im Jahr 2020 auf bis zu 1,4 Mio. steigen.<sup>8</sup>

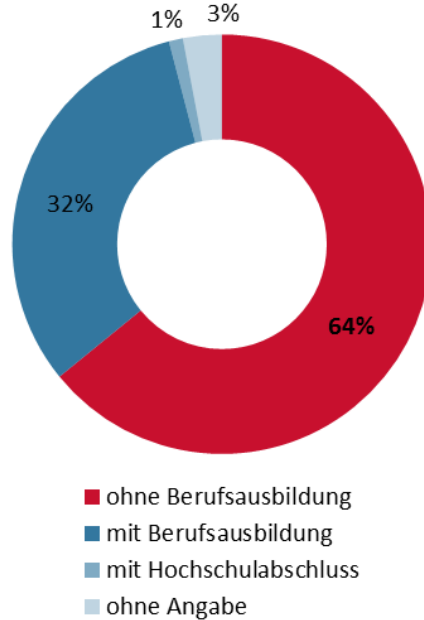
**Potenzial benachteiligter Jugendlicher zur Fachkräftesicherung nutzen**

Knapp 250.000 15- bis 24-Jährige sind arbeitslos gemeldet, davon knapp 160.000 ohne Berufsabschluss.<sup>9</sup> Zudem verließen am Ende des Schuljahres 2011/2012 rd. 50.000 Jugendliche die Regelschulen ohne Abschluss (Schulabbrecherquote: 5,5 %; Deutsche: 4,9 %; Ausländer 11,4 %).<sup>10</sup>

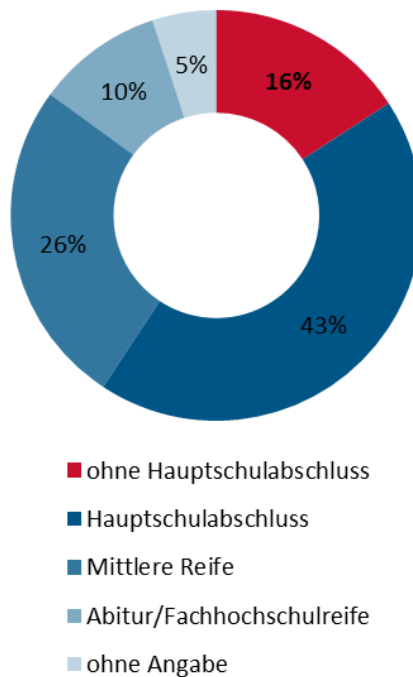
Diese jungen Menschen dürfen dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt nicht verloren gehen. Nicht zuletzt, weil sie ein Potenzial bilden, mit dem die zukünftige Fachkräftelücke zumindest teilweise und in einigen Branchen verringert werden kann. Dazu müssen die Anstrengungen intensiviert werden, um den Übergang von Schule in den Beruf zu verbessern.

Zudem müssen auch die Jugendlichen, die bereits ihre Schul- oder Berufsausbildung abgebrochen haben, wieder in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert werden. Darüber hinaus müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit weniger Jugendliche ihre Ausbildung abbrechen.

**Jugendliche Arbeitslose nach Qualifikation (15- bis 24-Jährige)**



**Jugendliche Arbeitslose nach Schulabschluss (15- bis 24-Jährige)**



<sup>8</sup> Anger, C., O. Koppel und A. Plünnecke, MINT-Frühjahrsreport 2014: MINT – Gesamtwirtschaftliche Bedeutung und regionale Unterschiede, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2014.  
<sup>9</sup>Bundesagentur für Arbeit, Analytikreport der Statistik: Analyse des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes für unter 25-Jährige, Mai 2014.  
<sup>10</sup> Statistisches Bundesamt, Statistik der allgemeinbildenden Schulen, 2014.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, 2014  
 Datenstand: Mai 2014



### **Verantwortung für Aus- und Weiterbildung weiterhin übernehmen, Ausbildungsreife verbessern**

Die Arbeitgeber sind sich ihrer Verantwortung bewusst und engagieren sich in vielfältigen Qualifizierungsinitiativen über das gesamte Bildungsspektrum hinweg. Rund vier Fünftel (78 %) aller ausbildungsberechtigten Betriebe bilden kontinuierlich oder mit Unterbrechung aus<sup>11</sup> und investieren dabei rd. 24 Mrd. € in die Ausbildung von jungen Menschen. Rund 83 % aller Unternehmen bieten betriebliche Weiterbildung an und wenden dafür pro Jahr im Durchschnitt einen Betrag von 1.035 € je Mitarbeiter auf. Dies ergibt ein jährliches Investitionsvolumen i. H. v. 28,6 Mrd. €.<sup>12</sup>

Versäumnisse im Bildungssystem, die eine der Hauptursachen für die Entstehung von Fachkräftengpässen sind, können aber nicht durch betriebliches Engagement ausgeglichen werden. Unbedingt notwendig sind daher nachhaltige Reformen für Qualitätsverbesserungen im gesamten Bildungssystem – beginnend bei der frühkindlichen Bildung über die allgemeinbildenden Schulen bis hin zu den Hochschulen.

Der Ausbildungspakt hat zu einer deutlichen Verbesserung der Situation auf dem Ausbildungsmarkt beigetragen. Auch zu den Themen „Ausbildungsreife“ und „Berufsorientierung“ hat der Pakt seit seiner Gründung 2004 nachhaltige Impulse gesetzt. Der Ausbildungspakt läuft 2014 aus und soll durch eine „Allianz für Berufliche Bildung“ (Arbeitstitel) abgelöst werden. Hierfür soll auch der DGB gewonnen werden. Die Arbeitgeber setzen sich für ein umfassendes und differenziertes Chancenmanagement für alle Jugendlichen ein. Der Fokus der Allianz soll auch künftig auf Ausbildungsthemen gerichtet bleiben.

<sup>11</sup> IAB-Betriebspanel 2007-2012.

<sup>12</sup> Seyda, D. und D. Werner, IW-Weiterbildungserhebung 2011 – Gestiegenes Weiterbildungsvolumen bei konstanten Kosten, IW Trends, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2012.

### **Nicht jeder Beste muss der Richtige sein**

Die Mehrheit der Unternehmen ist bereit, Abstriche bei der Auswahl von Ausbildungsbewerberinnen und Ausbildungsbewerbern zu machen. Bewerber mit den besten Noten müssen nicht automatisch die geeignetsten Kandidaten für eine Stelle sein. Es lohnt sich, auch Bewerbern mit unterdurchschnittlichen schulischen Ergebnissen eine Chance zu geben, sich im Betrieb zu bewähren. Für knapp drei Viertel (71 %) der Betriebe sind schlechte schulische Leistungen kein Ausschlusskriterium bei der Besetzung von Ausbildungsstellen, knapp ein Drittel (30 %) sind grundsätzlich bereit, auch Jugendliche ohne Schulabschluss im Bewerbungsverfahren eine Chance zu geben.<sup>13</sup>

### **III. Anstrengungen intensivieren, um Jugendliche beim Einstieg in Beschäftigung zu unterstützen**

Ein zentraler Ansatzpunkt zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Jugendlichen ist eine gezielte Qualifizierung. Eine wesentliche Ursache für die Jugendarbeitslosigkeit ist mangelnde Qualifikation, die oft verbunden ist mit weiteren vielschichtigen Problemlagen. Knapp zwei Drittel der arbeitslosen 15- bis 24-Jährigen verfügen über keinen Berufsabschluss. Dieser Anteil ist sogar noch deutlich höher als der bereits besorgniserregend hohe Anteil von Geringqualifizierten an allen Arbeitslosen (45 %). Zusätzlich verfügen rd. 16 % der arbeitslosen Jugendlichen nicht einmal über einen Hauptschulabschluss.<sup>14</sup>

### **Allen Schülerinnen und Schülern zu einem Abschluss und Anschluss verhelfen**

Gute Bildung ist zentrale Voraussetzung für individuelle Entwicklung, gesellschaftliche Teilhabe, eine eigenständige Lebensführung, die Integration ins Erwerbsleben und einen erfolgreichen beruflichen Lebensweg. Aller-

<sup>13</sup> IAB-Betriebspanel 2013.

<sup>14</sup> Bundesagentur für Arbeit, Analyse des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes für unter 25-Jährige, Mai 2014.



dings gibt es hier noch erhebliche Defizite: Erfahrungen der Unternehmen mit Ausbildungsplatzbewerbern, deren schulische Kenntnisse in Rechnen, Lesen und Schreiben vielfach nicht ausreichend sind oder die Defizite bei persönlichen Kompetenzen wie Ausdauer und Belastungsfähigkeit aufweisen, werden durch die Pisa-Ergebnisse bestätigt.

Erforderlich ist deshalb zum einen ein hochwertiges Bildungssystem, das eine ganzheitliche Persönlichkeitsbildung zum Ziel hat und den Einzelnen gezielt und entsprechend seiner individuellen Potenziale bestmöglich fördert. Mehr Gestaltungsspielraum auf der Ebene der Schulen, ein lernförderndes Schulklima, eine individuelle Förderung in allen Bildungsbereichen und eine hohe Durchlässigkeit im gesamten Bildungssystem sind hierfür zentrale Voraussetzungen.

Zum anderen sind jeder Einzelne sowie Eltern, Familie aber auch Lehrende dabei zu unterstützen, dass sie ihre Verantwortung für den eigenen Bildungserfolg bzw. den ihrer Kinder wahrnehmen können. Neben der individuellen Förderung der jungen Menschen muss daher auch die Kooperation mit den Eltern und die Stärkung ihrer Erziehungs-, Bildungs- und Alltagskompetenzen Bestandteil der Förderung in jedem Bildungsabschnitt sein.

### ***In Kita und Schule frühe Förderung sicherstellen***

Die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten muss verstärkt werden. Es geht darum, unabhängig vom sozialen Hintergrund der Eltern frühzeitig die Potenziale aller Kinder zu entfalten und durch eine gezielte Förderung bis zur Einschulung vor allem eine deutsche Sprachfertigkeit sicherzustellen, die sie zur aktiven Teilnahme am Unterricht befähigt. Gerade Kinder mit Migrationshintergrund gehen jedoch seltener und später in die Kindertagesstätte als andere Kinder. So sind in Deutschland lediglich 17 % der Migrantenkinder unter drei Jahren in einer Kindertageseinrichtung angemeldet, während es

bei den Kindern ohne Migrationshintergrund immerhin 35 % sind.<sup>15</sup>

Wichtig für eine gezielte Förderung ist insbesondere eine hochwertige Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher, auch im Bereich interkultureller Kompetenzen und Sprachförderungsausbildung, sowie eine enge Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule und schließlich die Zusammenarbeit mit den Eltern.

### ***Gezielte Förderung und Kooperation zwischen Schulen und Akteuren vor Ort stärken***

Leitendes Ziel von Qualitätsverbesserungen im Schulsystem muss die Entfaltung aller Potenziale und Stärken der Jugendlichen sein. Ein guter Schulabschluss ist eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Ausbildung im dualen System und das weitere Berufsleben. Dafür ist eine intensive, gezielte Förderung jedes Schülers auf Basis individueller Förderpläne entscheidend. Zur Allgemeinbildung und Persönlichkeitsentwicklung gehört auch die Vermittlung von ökonomischen Kompetenzen, damit junge Menschen mündige Staatsbürger werden, die ihr Leben eigenverantwortlich gestalten lernen.

Eine frühzeitige systematische und nachhaltige Berufsorientierung in Kooperation mit der Wirtschaft und unter Einbeziehung der Eltern muss an allen Schulen fest verankert sein. Hier gilt es u. a., das Berufswahlspektrum zu erweitern und die Chancen, die sich mit einer dualen Ausbildung ergeben, aufzuzeigen. Dies betrifft vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund, denen das deutsche Bildungssystem häufig noch fremd ist. Es gilt aber auch für Gymnasien bzw. Schulen mit gymnasialer Oberstufe, um Schülerinnen und Schülern dort die Attraktivität einer beruflichen Ausbildung besser als bisher zu vermitteln. Insbesondere Schulen an sozialen Brennpunkten müssen durch schulbezogene Jugendsozialarbeit und durch systematische Kooperation mit der Jugendhilfe

<sup>15</sup> Statistisches Bundesamt, Kinder- und Jugendhilfe, Betreuungsquote von Kindern unter 6 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung am 1. März 2013 nach Ländern, 2014.



gestärkt werden, damit die Förderung gezielter und nachhaltiger angegangen werden kann.

Um die vor Ort sehr unterschiedlich hohen Quoten der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zu reduzieren, sind auch die Kommunen in der Verantwortung. Ein klarer politischer Wille, mehr Schülerinnen und Schüler zum Abschluss und Anschluss zu verhelfen, der Aufbau von Kooperationsstrukturen zwischen Schule, freien Trägern, Jugendhilfe und Arbeitgebern, der Einbezug der Eltern- und Familienarbeit, sozialräumliche Arbeit, die Einrichtung von Schulsozialarbeit, spezielle Förderprogramme für schulumüde Kinder und Jugendliche sowie Lernförderung sind hier hilfreich.

### **Mehr Chancen für Leistungsschwache Jugendliche schaffen**

Der erfolgreiche Abschluss einer Ausbildung ist eine elementare Voraussetzung für einen gelingenden Start in das Berufsleben. Dafür sind breit angelegte Ausbildungsgänge und mehr differenzierte Angebote erforderlich. Wichtig sind gerade bei benachteiligten Jugendlichen systematische, möglichst praxisnahe Übergänge von der Schule in die Ausbildung (z. B. Praxisklassen, Einstiegsqualifizierung) und eine individuelle, bedarfsgerechte und kontinuierliche Begleitung. Differenzierte Ausbildungsangebote wie zweijährige Ausbildungsberufe (mit Anrechnungsmöglichkeiten auf dreijährige Berufe) können zu einer verstärkten Integration von Jugendlichen mit schlechteren Schulnoten beitragen.

Flankierende Angebote wie z. B. ausbildungsbegleitende Hilfen oder eine assistierte Ausbildung können sicherstellen, dass eine begonnene Ausbildung zu einem erfolgreichen Abschluss geführt wird. Dies ist wichtig, um auch die Potenziale schwächerer Jugendlicher auszuschöpfen. Dabei sollten – soweit dies notwendig ist – auch die bereitstehenden Unterstützungsangebote aktiv genutzt werden.

Viele Unternehmen engagieren sich bereits durch betriebliche Berufsvorbereitungsangebote und flankierende Unterstützung wäh-

rend der Ausbildung. So bieten beispielsweise zwei Drittel der Ausbildungsbetriebe Nachhilfe und Stützunterricht für Auszubildende mit Förderbedarf an. Gerade die Integration in die betriebliche Praxis motiviert viele schulumüde Jugendliche und bringt so bisher verborgene Talente hervor.

### **Inklusion von behinderten Jugendlichen voranbringen**

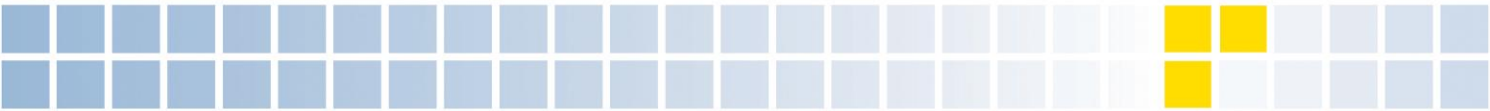
Jugendliche mit schwerer Behinderung sind überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen.<sup>16</sup> Um auch ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz und einen erfolgreichen Berufseinstieg zu erhöhen, müssen vor allem die Anstrengungen für mehr gemeinsames Lernen von Anfang an, d. h. in Kindergarten und Schule, nach dem Grundsatz „So viel Gemeinsamkeit wie möglich, so spezielle Förderung wie nötig“ intensiviert werden. So können früh bestehende Vorurteile abgebaut werden bzw. gar nicht erst entstehen, die später eine Integration in Ausbildung und Beschäftigung erschweren können.

Bisher befinden sich zu oft Schülerinnen und Schüler in einer Förderschule, die mit einer entsprechenden pädagogischen Unterstützung und Begleitung auch in der Regelschule lernen könnten. Zudem gelingt es noch nicht hinreichend, die positiven Effekte des Besuchs einer Förderschule bei der weiteren Berufsvorbereitung aufzugreifen und damit den oft anzutreffenden Automatismus „Förderschule – Werkstatt für behinderte Menschen“ zu überwinden. Auch hier spielen die individuelle Förderung und die vertiefte Berufsorientierung eine wesentliche Rolle.

Da nicht für alle Jugendlichen mit Behinderung eine Vollausbildung in Betracht kommt, muss auch im Ausbildungssystem den besonderen Bedürfnissen von Jugendlichen mit Behinderung Rechnung getragen werden, etwa indem auch hier vermehrt Ausbildungsbausteine genutzt werden. Außerdem sollten für die Fälle, in denen ansonsten eine Einmündung in den allgemeinen Arbeitsmarkt kaum möglich ist, auch Übergangsformen genutzt werden, mit dem Ziel einer vollständigen Integration in den Arbeitsmarkt.

<sup>16</sup> Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Der Arbeitsmarkt für schwerbehinderte Menschen, 2014.





### **Benachteiligte Jugendliche gezielt fördern, Durchlässigkeit erhöhen**

Ein nicht unerheblicher Teil der jungen Menschen ohne Berufsausbildung macht bereits frühzeitig prägende Erfahrungen mit eigener Arbeitslosigkeit oder solcher im familiären Umfeld. So fehlt oftmals das Vorbild elterlicher Erwerbstätigkeit. Über eine halbe Mio. Menschen in Deutschland sind zwei Jahre oder länger ohne Beschäftigung.<sup>17</sup> Kinder und Jugendliche, die in Haushalten mit verfestigter Arbeitslosigkeit aufwachsen, brauchen häufig besondere Unterstützung im Hinblick auf den Zugang zu Bildung und die Integration in Ausbildung oder Erwerbstätigkeit. In der Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfebedürftige, in der vor allem Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte mit oftmals komplexen Problemlagen betreut werden, bestehen trotz der bereits erzielten Erfolge erhebliche weitere Verbesserungsbedarfe und -potenziale.

### **Kooperation vor Ort verbessern, bürokratische Hindernisse beseitigen**

Damit förderungsbedürftige Jugendliche nicht aus dem Bildungs- und Ausbildungssystem „herausfallen“, muss die Zusammenarbeit an der Schnittstelle zwischen Jobcenter, Arbeitsagentur und Jugendhilfe noch weiter verbessert werden. Mit dem SGB II, III und VIII stehen drei Gesetze für diesen Personenkreis zur Verfügung. Hier ist es entscheidend, eine gut koordinierte Umsetzung an den jeweiligen Schnittstellen zu finden.

Ziel muss es sein, mehr Transparenz über die jeweils vor Ort verfügbaren Angebote für Jugendliche herzustellen, diese besser aufeinander abzustimmen und das Matching zu optimieren. Vor allem für die benachteiligten Jugendlichen bedarf es einer abgestimmten Betreuung durch die verschiedenen Träger und Dienstleister. Dies ist nicht nur eine besondere arbeitsmarktliche Herausforderung, sondern auch eine zentrale bildungs-, jugend- und sozialpolitische Aufgabe.

<sup>17</sup> Bundesagentur für Arbeit, Bestand an Arbeitslosen nach ausgewählten Merkmalen, 2014.

Ein Erfolgsbeispiel hierfür sind zahlreiche Jugendberufsagenturen, die sich bundesweit auf die Initiative der BA, im Rahmen des „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“ hin entwickeln: Um junge Menschen nach der Schule den direkten Übergang in Ausbildung und Beschäftigung zu ermöglichen, werden sie bereits in der Berufsorientierung ab Klasse 8 beraten. Die Jugendberufsagentur steht ihnen für alle Fragen rund um die Ausbildung, Beschäftigung, Unterstützungsleistungen oder schulische Bildungswege zur Verfügung. Schulpflichtige Jugendliche werden so lange aktiv angesprochen, bis sie eine Ausbildung bzw. Arbeit aufgenommen haben.

Kommunen, Agenturen für Arbeit, Jobcenter und Jugendhilfe arbeiten dabei eng und vertrauensvoll zusammen und wirken darauf hin, dass die Jugendlichen auf dem Weg vom einen zum anderen Träger nicht „verloren gehen“. Die Zusammenarbeit „unter dem Dach“ der Jugendberufsagenturen bewirkt, dass sich weitere Partner vor Ort anschließen, wie z. B. Schulen, Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände. Die Bündnisse machen einen notwendigen datenschutzkonformen Datentransfer möglich. Je mehr lokale Akteure sich im Arbeitsbündnis engagieren, desto mehr können junge Menschen davon profitieren.

Die Erfahrungen, die bereits an unterschiedlichen Standorten im Rahmen verschiedener Konzepte gemacht wurden, müssen evaluiert und die erfolgswirksamen Kriterien identifiziert werden. Es muss möglich bleiben, die Koordinierungsformen der Akteure flexibel auf die Gegebenheiten und die besonderen Bedürfnisse der Zielgruppe vor Ort zuzuschneiden.

### **Passgenaue und wirkungsvolle Unterstützungsmöglichkeiten für benachteiligte Jugendliche entwickeln**

Wichtig ist, dass die Unterstützungsangebote passgenau und wirkungsvoll sind und insbesondere für benachteiligte Jugendliche den Weg zum Berufsabschluss ermöglichen, z. B. in Form von ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) oder der Einstiegqualifizierung (EQ) für benachteiligte Jugendliche.



Der Verwaltungsrat der BA hat deshalb eine breit angelegte Initiative „Betriebliche Ausbildung hat Vorrang“ zur Stärkung der betrieblichen Ausbildung, insbesondere für benachteiligte Jugendliche, ins Leben gerufen. Ziel ist es, möglichst vielen Jugendlichen die Chance für eine solche Ausbildung zu eröffnen. Die BDA begrüßt insbesondere folgende Elemente der Initiative:

- Mit einer öffentlichen Kampagne werden gezielt Betriebe angesprochen, mehr Ausbildungsplätze auch für benachteiligte Jugendliche zu erschließen.
- Ausbildungsbegleitende Hilfen sollen künftig alle Auszubildenden erhalten, die diese benötigen. Hierzu ist eine Gesetzesänderung nötig. Zurzeit sind die Hilfen Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten oder sozial Benachteiligten vorbehalten.
- Die BA führt die sog. „Assistierte Ausbildung“ als ein neues Instrument ein. Dabei werden die Jugendlichen in Betrieben noch vor Beginn und während der gesamten Ausbildungszeit begleitet. Gleichzeitig werden die Betriebe organisatorisch und administrativ bei der Ausbildung benachteiligter Jugendlicher unterstützt. Um die assistierte Ausbildung als eigenständiges Regelinstrument einzuführen, ist eine Gesetzesänderung nötig.
- Die Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen soll noch enger mit den Betrieben verzahnt werden (kooperative Form). Hierbei sind die Ausbildungsplätze auf zukunftsorientierte Berufe auszurichten.

### **Zweite Chance für Jugendliche ohne Berufsabschluss**

Noch immer gibt es eine zu hohe Zahl junger Erwachsener ohne Berufsabschluss. Junge Menschen ohne Abschluss müssen eine zweite Chance erhalten und – wo immer möglich – zu einem vollqualifizierenden Ausbildungsabschluss geführt werden. Ein sinnvoller Weg dahin kann das Nutzen von Teilqualifikationen bzw. Ausbildungsbausteinen sein, die auch weiterhin das Berufsprinzip

mit seiner Ausrichtung auf eine umfassende Handlungskompetenz bewahren.

Ausbildungsbausteine werden aus anerkannten Ausbildungsberufen entwickelt und sollen dokumentiert und zertifiziert werden. Am Ende der Ausbildung steht weiterhin eine – auf die Feststellung der ganzheitlichen beruflichen Handlungsfähigkeit konzentrierte – öffentlich-rechtliche Prüfung durch die zuständige Stelle.

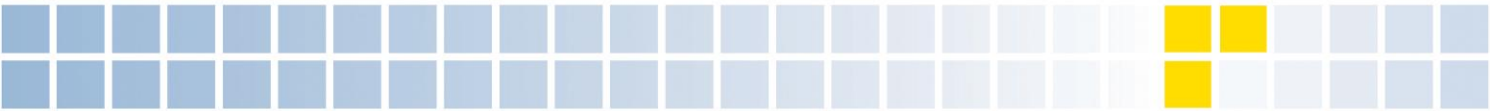
### **Ausbildung hat Vorrang**

Jugendliche müssen vorrangig in Ausbildung oder eine ausbildungsfördernde Maßnahme vermittelt werden, um die Voraussetzungen für eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Hierfür wurde auf gesetzlicher Ebene mit der Neuformulierung der Sofortmaßnahmen für leistungsberechtigte Personen im SGB II unter 25 Jahren mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ ein erstes wichtiges Signal gesetzt. Dieser Vorrang von Vermittlungen in Ausbildung muss von den Jobcentern gerade bei Jugendlichen ohne Berufsabschluss konsequent umgesetzt werden. Auch die Förderangebote aus dem SGB III müssen ihnen zugänglich gemacht werden, was bisher zu selten der Fall ist.

### **Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen erhöhen**

Ein gerechtes Bildungssystem bietet Anschlussmöglichkeiten in alle Richtungen: von der akademischen in die berufliche Bildung und umgekehrt. Um die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung zu erhöhen, müssen sich Hochschulen für Berufstätige und beruflich Qualifizierte ohne Abitur stärker öffnen. Dazu bedarf es einer besseren Anrechenbarkeit von erworbenen Kompetenzen aus der Aus- oder Fortbildung auf ein Studium, damit im Sinne eines lebenslangen Lernens auf Abschlüsse neue Anschlüsse folgen können.

Gleichzeitig gilt es, Brücken von der akademischen in die berufliche Bildung zu bauen und Menschen, die ihr Studium abbrechen, für eine duale Ausbildung zu gewinnen. Auch hier gilt es, bereits erworbene Kompetenzen aus dem Studium auf eine Berufsausbildung



anzurechnen und die Ausbildungsdauer dementsprechend zu verkürzen.

**IV. Mehr Flexibilität und wirtschaftliche Dynamik schaffen Beschäftigungschancen für Jugendliche in Deutschland und Europa**

**Arbeitsmarktflexibilität ist Voraussetzung für hohe Jugendbeschäftigung**

Arbeitsplätze – gleich ob für Jugendliche oder für Ältere – entstehen nur, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen, wenn allgemeine wirtschaftliche Dynamik herrscht und die Aufnahmefähigkeit am Arbeitsmarkt hoch ist. Eine erfolgreiche Strategie im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit setzt daher nicht nur angebotsseitig an der Qualifikation der Jugendlichen an, sondern schafft auch durch Flexibilisierung der Arbeitsmärkte die Voraussetzung für den Aufbau von Beschäftigung.

**Arbeitsmarktflexibilität erhalten, um Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern**

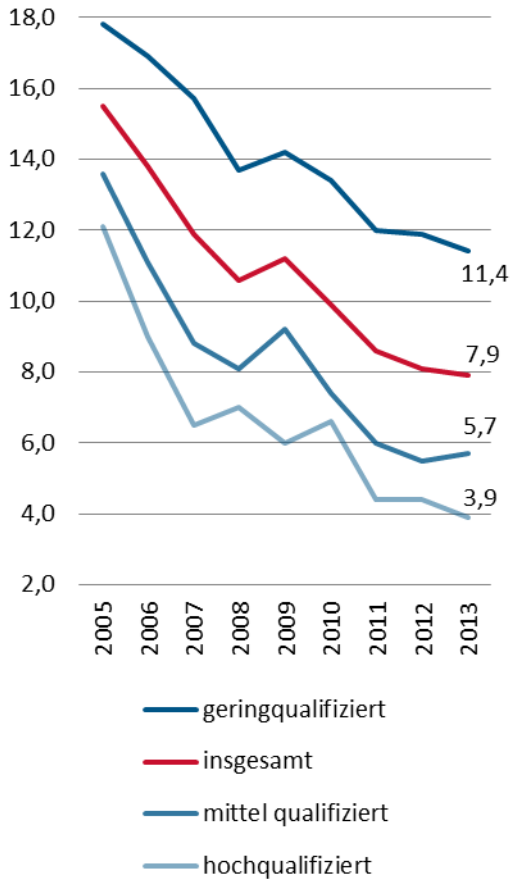
Neben der hohen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und dem dualen Ausbildungssystem, trägt auch die große Flexibilität am Arbeitsmarkt zu den im europaweiten Vergleich hervorragenden Beschäftigungsperspektiven für Jugendliche in Deutschland bei. So ist die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen seit 2005 von 15,5 % auf 7,9 % im Jahr 2013 gesunken.<sup>18</sup> Das ist auch ein Erfolg der Arbeitsmarktreformen im Zuge der Agenda 2010.

**Gesetzlicher Mindestlohn errichtet Einstiegshürde, staatsferne Anpassung notwendig**

Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland errichtet Barrieren, die insbesondere Menschen mit geringer Qualifikation oder Arbeitserfahrung den Einstieg in Beschäftigung erschwert. Davon sind auch Jugendliche betroffen, denn sie sind aufgrund fehlender Be-

rufserfahrung weniger produktiv als ältere Beschäftigte.

**Jugendarbeitslosenquote in % nach Qualifikation (15- bis 24-Jährige)**



Quelle: Eurostat, 2014

Gleiches gilt für Praktika, die nur zur beruflichen Orientierung dienen. Auch und gerade nicht verpflichtend vorgeschriebene Praktika sind ein wichtiges Instrument, um jungen Menschen Einblicke in die betriebliche Praxis zu geben und die Berufsfindung zu erleichtern. Praktika sichern die individuelle Beschäftigungsfähigkeit und sind wichtig für den beruflichen Erfolg. Dies gilt insbesondere für die Absolventen von Fächern ohne festen Berufsbezug.

Es ist wichtig, dass zumindest künftige Anpassungen des Mindestlohns staatsfern erfolgen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür

<sup>18</sup> Eurostat, 2014.



ist, dass sich die zweijährige Prüfung und Anpassung nachlaufend nach dem Tarifindex des Statistischen Bundesamts richtet und bei Verwerfungen am Arbeitsmarkt hier- von im Konsens der Mitglieder der Mindest- lohnkommission nach unten abgewichen werden kann.

### ***Befristete Beschäftigung steigert die Ein- stellungschancen für Menschen ohne Be- rufserfahrung***

Befristete Arbeitsverhältnisse sind gerade für Berufsanfänger ein wichtiges und akzeptier- tes Einstiegsmodell in den Arbeitsmarkt. Be- fristungen verbessern das Matching am Ar- beitsmarkt: Ein zentrales Motiv der Unter- nehmen für den Einsatz befristeter Verträge ist es, die fachliche Eignung von Mitarbeitern besser überprüfen zu können. Entsprechend hoch sind die Übernahmequoten: So wech- seln knapp drei Viertel der befristet Beschäf- tigten unmittelbar in eine Anschlussbeschäf- tigung im selben Betrieb.<sup>19</sup>

Befristungen steigern die Einstellungschan- cen für Menschen ohne Berufserfahrung oder mit langer Erwerbsabstinenz und kön- nen Arbeitslosigkeit verhindern oder been- den. Sie ermöglichen somit soziale Teilhabe und verdienen Unterstützung in Politik und Gesellschaft und keine Diffamierung als „atypisch“. Befristungen nehmen nicht über- hand wie vielfach behauptet. Der Anteil der befristet Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten liegt seit Jahren unter 10 %, zuletzt 2013 bei lediglich 8,0 %.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> IAB, Befristete Beschäftigung – Aktuelle Zahlen aus dem IAB-Betriebspanel 2012, Juni 2013.

<sup>20</sup> Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung, Kernerwerbstätige nach einzelnen Erwerbsformen, 2014.

## **V. Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Strukturelle Ursachen an der Wurzel an- gehen**

### ***Für den nachhaltigen Abbau der Jugend- arbeitslosigkeit in Europa sind Struktur- reformen notwendig***

Die europäischen Staats- und Regierungs- chefs und die EU-Kommission haben die Förderung der Jugendbeschäftigung zu Recht zu einer politischen Priorität erklärt. Hierzu wurde im Jahr 2013 auf EU-Ebene eine ganze Reihe von Initiativen beschlos- sen. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur Stärkung von Berufsausbildungssyste- men sowie die Einführung einer „Jugendga- rantie“. Diese soll sicherstellen, dass allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb eines Zeitraums von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder die Schule verlassen haben, eine Arbeitsstelle, eine Weiterbildungsmaßnahme oder ein hochwer- tiger Ausbildungs- bzw. Praktikumsplatz an- geboten wird.

Allerdings werden damit die Ursachen nur in einem sehr kleinen Teilbereich adressiert. Die Politik darf nicht den Eindruck erwecken, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit mit diesen Maßnahmen bereits gelöst zu haben. Jugendbeschäftigung existiert nicht in einem Vakuum, sondern spiegelt die allgemeine wirtschaftliche Dynamik und die strukturellen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt wider. Auch können Chancen für junge Men- schen nicht per Dekret geschaffen werden. Darauf weist auch die jüngste Studie der Robert Bosch Stiftung „Youth Unemployment in Europe“ hin. Um jungen Menschen wirkli- che Chancen zu eröffnen, müssen die Hauptursachen der Jugendarbeitslosigkeit ganzheitlich und strukturell angegangen werden. Dazu zählen insbesondere:

- die geringe wirtschaftliche Dynamik – vor allem in den von der Finanz- und Schul- denkrise geplagten Ländern;
- Versäumnisse im Bildungssystem, die dazu führen, dass viele junge Menschen ohne ausreichende Vorbereitung oder Qualifikation in das Berufsleben starten oder aufgrund praxisferner Ausbildung nicht bedarfsgerecht qualifiziert sind;



- ein überregulierter Arbeitsmarkt mit hohen Beschäftigungshürden für junge Menschen ohne Berufserfahrung;
- eine oftmals hohe Belastung des Faktors Arbeit, insbesondere durch hohe Lohnzusatzkosten.

Um die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen, kommt es daher entscheidend darauf an, die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften wieder herzustellen bzw. zu stärken, verkrustete Arbeitsmärkte geschmeidig und anpassungsfreundlich umzugestalten, übermäßige Bürokratie abzubauen sowie Unternehmertum zu fördern. Gemeinsam mit der Wirtschaft müssen nachhaltig Ausbildungsplätze geschaffen werden, damit die Ausbildung nicht an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts vorbei erfolgt. Dies sind die Voraussetzungen, damit dauerhaft Arbeitsplätze entstehen können.

#### ***Finanzielle Mittel für die europäische Jugendbeschäftigungsinitiative effizient einsetzen***

Die im Rahmen der sog. „Jugendbeschäftigungsinitiative“ auf EU-Ebene bereitgestellten finanziellen Mittel müssen gezielt dafür eingesetzt werden, den An Schub für notwendige Strukturreformen in den Mitgliedstaaten zu leisten und damit die Ursachen geringer wirtschaftlicher Dynamik und hoher Jugendarbeitslosigkeit überall in der EU anzugehen. Damit die Mittel auch tatsächlich abgerufen werden können, bedarf es zunächst des Aufbaus der nötigen Infrastruktur – in Gestalt leistungsfähiger Arbeitsverwaltungen – in den betroffenen Mitgliedstaaten. Eine Verteilung der finanziellen Mittel nach dem Gießkannenprinzip ist nicht zielführend.

#### ***Bildungsakteure vernetzen, Erfahrungsaustausch fördern, Europäische Berufsbildungskoope ration stärken***

In Deutschland trägt das arbeitsmarktorientierte duale Ausbildungssystem mit dazu bei, dass die Jugendarbeitslosigkeit zu den niedrigsten in Europa gehört. Das erfolgreiche duale System der Berufsausbildung stößt im europäischen und internationalen Kontext daher auf großes Interesse und dient als

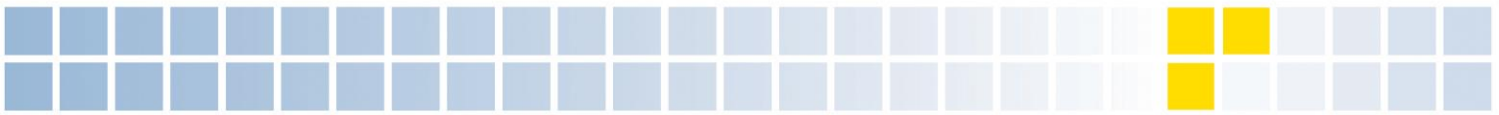
Vorbild für Reformbestrebungen in anderen EU-Mitgliedstaaten.

In den letzten Monaten wurden diverse Maßnahmen ergriffen: Auf europäischer Ebene bündelt die Europäische Ausbildungsallianz verschiedene Maßnahmen zur Stärkung von Berufsausbildungssystemen. Auf nationaler Ebene hat die Bundesregierung bilaterale Berufsbildungskoope rationen (Task Forces) mit einzelnen EU-Mitgliedstaaten sowie einen Runden Tisch für internationale Berufsbildungszusammenarbeit ins Leben gerufen. Mit Verweis auf die positiven Erfahrungen in Deutschland wirbt die BDA in den Task Forces für eine gemeinsame Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Sozialpartnern für die Berufsbildung und steht den jeweiligen ausländischen Schwesterverbänden diesbezüglich beratend zur Seite.

Die BDA setzt sich dafür ein, sich bei der Weiterentwicklung der jeweils vorhandenen Berufsbildungssysteme auf zentrale Erfolgsfaktoren – wie das Prinzip der Lernortkooperation und die Einbindung der Sozialpartner bei der Erarbeitung von Ausbildungsordnungen und Lehrplänen – zu konzentrieren, anstatt das deutsche duale System als Blaupause zu nutzen. Denn aufgrund der historisch gewachsenen Unterschiede in der Berufsbildung kann es keinen „one size fits all“-Ansatz geben.

#### ***Europäische Sozialpartner leisten wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit***

Die branchenübergreifenden Europäischen Sozialpartner messen dem Thema „Jugendbeschäftigung“ ebenfalls höchste Priorität bei und haben im Juni 2013 einen „Aktionsrahmen für Jugendbeschäftigung“ angenommen. Die BDA war aktiv an den Verhandlungen beteiligt. Mit dem Aktionsrahmen werden die nationalen Sozialpartner und andere relevante Akteure wie die Mitgliedstaaten, die europäischen Institutionen und Arbeitsverwaltungen zur Umsetzung konkreter Maßnahmen und Empfehlungen aufgefordert, um eine spürbare Verbesserung der Jugendbeschäftigung zu erzielen. Die vereinbarten Handlungsvorschläge reichen dabei von Informationskampagnen über Maßnahmen zur



Förderung der Mobilität junger Leute bis hin zur Stärkung der Rolle der Sozialpartner oder Vorschlägen zu Strukturreformen. Es kommt jetzt darauf an, dass die Einbindung der Sozialpartner von den EU-Institutionen und Mitgliedstaaten ernst genommen und in die Tat umgesetzt wird.

**Ansprechpartner:**

**BDA | DIE ARBEITGEBER**

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

**Arbeitsmarkt**

T +49 30 2033-1400  
arbeitsmarkt@arbeitgeber.de

**Bildung | Berufliche Bildung**

T +49 30 2033-1500  
bildung@arbeitgeber.de

**Europäische Union und Internationale Sozialpolitik**

T +49 30 2033-1900  
europa@arbeitgeber.de

Die BDA ist die sozialpolitische Spitzenorganisation der gesamten deutschen gewerblichen Wirtschaft. Sie vertritt die Interessen kleiner, mittelständischer und großer Unternehmen aus allen Branchen in allen Fragen der Sozial- und Tarifpolitik, des Arbeitsrechts, der Arbeitsmarktpolitik sowie der Bildung. Die BDA setzt sich auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene für die Interessen von einer Mio. Betrieben ein, die 20 Mio. Arbeitnehmer beschäftigen und die der BDA durch freiwillige Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden verbunden sind. Die Arbeitgeberverbände sind in den der BDA unmittelbar angeschlossenen 52 bundesweiten Branchenorganisationen und 14 Landesvereinigungen organisiert.